

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG****II-4572 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

GZ 10 072/424-1.13/86

Mängel in der Durchführung der wehr-  
politischen Bildung im Bundesheer;

Anfrage der Abgeordneten Dr. KHOL  
und Kollegen an den Bundesminister  
für Landesverteidigung, Nr. 2039/J

2030/AB

1986 -07-11

zu 2039/J

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. KHOL, Dr. STEINER, Dr. ERMACORA und Kollegen am 13. Mai 1986 an mich gerichteten Anfrage Nr. 2039/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich zunächst den Anfragestellern dafür danken, daß sie die erste parlamentarische Anfrage während meiner Amtsführung einer Thematik widmen, die auch mir sehr am Herzen liegt. Ich bin nämlich davon überzeugt, daß die Bewältigung des gegenständlichen Problemkreises die Voraussetzung für die Lösung vieler Aufgaben bildet, die dem österreichischen Bundesheer gestellt sind. Mit Genugtuung entnehme ich überdies der vorliegenden Anfrage, daß die politische Bildung offenkundig nach wie vor einen jener Sachbereiche darstellt, über die zwischen den politischen Parteien grundsätzliches Einverständnis besteht. Auch ich erachte diesen positiven Bereich der gemeinsamen Landesverteidigungspolitik im staatspolitischen Interesse für außerordentlich wichtig und werde meinen Beitrag dazu leisten, um diesen Konsens nach Möglichkeit auch in bezug auf die übrigen Grundfragen der Landesverteidigung zum Tragen zu bringen.

Was nunmehr den vom Büro für Wehrpolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung noch unter der Ministerschaft meines Amtsvorgängers ausgearbeiteten Jahresbericht 1985 über die Staats- und wehrpolitische Bildung anbelangt, so freue ich mich über die Anerkennung, die die Anfragesteller diesem Bericht zollen. Ich bin ebenfalls der Auffassung, daß nur eine nüchterne Darstellung aller Unzulänglichkeiten die Chance bietet, Fehler auszumerzen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

- 2 -

Ohne der einzelweisen Beantwortung der vorliegenden Anfrage vorzugreifen, möchte ich einen Aspekt des gegenständlichen Problemkreises besonders hervorheben, nämlich jenen der Motivierung. Wie ich schon bei anderer Gelegenheit ausgeführt habe, erscheint es mir geradezu als grober Mangel, daß es noch immer nicht ausreichend gelingt, die Masse der Grundwehrdiener von der Sinnhaftigkeit ihrer Ausbildung bzw. der Landesverteidigung überhaupt zu überzeugen. Ich möchte in dieser Hinsicht unbedingt einen Umschwung einleiten und ich glaube, es müßte in absehbarer Zeit möglich sein, zumindest Ansätze in diese Richtung zustandezubringen.

Unabhängig davon ziehe ich aus dem erwähnten Jahresbericht ua. den Schluß, daß es auch insgesamt noch nicht ausreichend gelungen sein dürfte, das Bewußtsein für die Bedeutung der wehrpolitischen Bildung zu entwickeln. Natürlich haben wir es im vorliegenden Zusammenhang nicht zuletzt mit einem Ausbildungsproblem zu tun, zumal nicht auszuschließen ist, daß manche Kommandanten gewisse Schwierigkeiten haben, wehrpolitische Bildungsinhalte in wirksamer Weise "an den Mann zu bringen"; derartige Schwachstellen, die möglicherweise auch auf didaktische Mängel zurückzuführen sind, gälte es raschest aufzuspüren und zu beheben.

Schließlich darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß wesentliche Inhalte der politischen Bildung eigentlich schon vor dem Eintritt in das Bundesheer, nämlich an den Schulen, vermittelt werden sollten. Es wird daher meines Erachtens auch notwendig sein, die Bemühungen im Bereich der geistigen Landesverteidigung zu intensivieren, um wichtige Prägephasen junger Staatsbürger zu nützen und dem Bundesheer solcherart die Erfüllung seines wehrpolitischen Bildungsauftrages zu erleichtern.

Wie die Anfragersteller selbst einräumen, ist im vorliegenden Zusammenhang zu berücksichtigen, daß der wehrpolitische Bildungsprozeß im österreichischen Bundesheer erst vor einigen Jahren gezielt begonnen hat und daher die Erwartungen nicht zu hoch angesetzt werden dürfen. Die Komplexität der Aufgabe läßt es insofern geraten erscheinen, die bisherige Entwicklung nicht nur unter negativen Vorzeichen zu beurteilen. Bei aller Selbstkritik darf nämlich nicht übersehen werden, daß in den vergangenen Jahren auch bedeutende Erfolge wehrpolitischer Bildungsarbeit im Bundesheer erzielt werden konnten.

- 3 -

Abschließend nehme ich die Gelegenheit wahr, alle gesellschaftlichen Kräfte in diesem Land zu ersuchen, die Anliegen der Staats- und wehrpolitischen Bildung verstärkt zu unterstützen und mitzuhelfen, daß der erforderliche Bewußtseinsbildungsprozeß gefördert und intensiviert werden kann. Das Bundesministerium für Landesverteidigung wird seinerseits alles daransetzen, um aufgetretene Mängel im eigenen Bereich festzustellen, ihre Ursachen zu analysieren und für ehestmögliche Abhilfe zu sorgen.

Im einzelnen beantworte ich die vorliegende Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Ich habe die Absicht, weitestgehend jene Vorschläge und Anregungen aufzugreifen, die von den Autoren des Jahresberichtes 1985 (insbes. S. 10 ff) unterbreitet wurden.

Darüber hinaus ist das Büro für Wehrpolitik mit der Erstellung einer Studie beauftragt, um die Wehrbereitschaft der Wehrpflichtigen zum Zeitpunkt ihrer Einberufung bzw. beim Abrüsten festzustellen. Im Rahmen einer weiteren ressortinternen Studie über die Auswirkungen des Heeresausbaues auf die Ausbildungsstruktur sollen die wehrpolitischen Aspekte der Motivation der Grundwehrdiener durch das Kaderpersonal sowie dessen Führungsqualitäten - insbesondere im Hinblick auf ein erzieherisch/menschliches Verhaltensbild - analysiert werden.

Schließlich möchte ich meine Bereitschaft erklären, auch Vorschläge "von außen" von den Experten meines Ministeriums auf ihre Anwendbarkeit prüfen zu lassen. Auf Grund meiner früheren Funktion in der Wirtschaft liegt mir naturgemäß der Gedanke nahe, das "Produkt Bundesheer" gegebenenfalls auch mit unorthodoxen Mitteln an die Staatsbürger heranzutragen.

Zu 2:

Ja, entsprechende Aufträge sind bereits ergangen.

- 4 -

Zu 3:

Da ich das Gefühl habe, daß die erwähnte "Ja-aber-Haltung" auf gelegentlich noch unzureichendes Verständnis für die Bedeutung der politischen Bildung zurückzuführen ist, möchte ich mein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung des Führungskaders, insbesondere der untersten Führungsebene, legen. Aufgabe dieser Ausbildung wäre es, das Bewußtsein der Kommandanten über die Bedeutung und die Zielsetzung der politischen Bildung sowie deren Umsetzungsmöglichkeiten entsprechend zu entwickeln. Wenn nämlich erst einmal die Einstellung der Kommandanten wirklich "stimmt", dann erübrigen sich die meisten Ausbildungsweisungen in diesem Bereich, weil bei entsprechender Motivation die Kommandanten ihre Phantasie und ihren ganzen Erfindungsreichtum einsetzen werden, um auch bei größtem Zeitmangel die erforderlichen Bildungsinhalte "an den Mann zu bringen". Darüber hinaus sollen selbstverständlich die Erfahrungen und Einrichtungen der Politischen Akademien, so wie dies auch schon bisher der Fall war, für die Ausbildung des Führungskaders genützt werden.

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß politische Bildung nicht nur in Form von mehr oder minder starren Ausbildungsblöcken vermittelt, sondern - wie dies verschiedentlich auch schon geschieht - flexibel in das gesamte Ausbildungsprogramm einbezogen werden sollte.

Zu 4:

Sofern die Ansicht wirklich verbreitet sein sollte, "daß die Mißachtung der Befehle betreffend die wehrpolitische Bildung ein Kavaliersdelikt sei und keinen militärischen Ungehorsam wie jeder andere bildet", werde ich selbstverständlich alles daransetzen, um einem solchen eklatanten Fehlverständnis mit Nachdruck und gegebenenfalls auch unter Einsatz disziplinarer Maßnahmen entgegenzuwirken.

Zu 5:

Welche Leistungsanreize im vorliegenden Zusammenhang geeignet erscheinen, um die Kommandanten zur vorbildlichen Vermittlung wehrpolitischer Bildung zu motivieren, ist derzeit noch Gegenstand ressortinterner Überlegungen.

- 5 -

Zu 6:

Das in der Anfrage erwähnte Beispiel ist ohne Zweifel als pädagogischer Fehlgriff des zuständigen Kommandanten zu qualifizieren, wobei ich aber annehmen möchte, daß es sich um einen Einzelfall gehandelt hat. Im übrigen verweise ich auf meine vorstehenden Ausführungen in Beantwortung der Fragen 3 bis 5.

Zu 7:

Wie ich schon einleitend ausgeführt habe, wird es einer Reihe verschiedenartiger Maßnahmen bedürfen, um sicherzustellen, daß der wehrpolitische Bildungsauftrag künftig auf allen Ebenen des Kadets gleichermaßen seinen Niederschlag findet. Ich bitte aber um Verständnis, daß ich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht in der Lage bin, eine Liste aller beabsichtigten Maßnahmen im Sinne der Fragestellung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß erst vor kurzem von meinem Amtsvorgänger eine Reform der Unteroffiziersausbildung eingeleitet wurde, deren Auswirkungen eben zum Tragen kommen. Im Rahmen dieser neuen Unteroffiziersausbildung wird dem Bereich der wehrpolitischen Bildung an der Heeres-Unteroffiziersschule mehr Raum gegeben als früher, sodaß in Verbindung mit den Führungsseminaren schon in absehbarer Zeit gewisse Verbesserungen zu erwarten wären. Ob darüber hinaus weitere einschlägige Ausbildungsmaßnahmen zu treffen sind, kann erst nach Ablauf eines angemessenen Beobachtungszeitraumes endgültig beurteilt werden.

Was die wehrpolitische Ausbildung im Rahmen der Offiziersaus- und Weiterbildung betrifft, so wird eine diesbezügliche ressortinterne Überprüfung eingeleitet werden; von ihrem Ergebnis werden die weiteren Maßnahmen abhängen. Grundsätzlich gilt jedoch im vorliegenden Zusammenhang ebenso wie für alle derartigen reformatorischen Bemühungen, daß Bildungs- und Bewußtseinsprozesse eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen und greifbare Erfolge daher nicht von heute auf morgen erwartet werden dürfen.

- 6 -

Zu 8:

Zunächst darf ich klarstellen, daß - entgegen der Behauptung der Anfrager - ein Verbot wehrpolitischer Kontaktgespräche nicht ausgesprochen wurde. Wohl aber wurde in der diesbezüglichen Verfügung des Kommandos der Panzergrenadierdivision festgelegt, daß im Rahmen wehrpolitischer Kontaktgespräche tagespolitische Themen auszuklammern sind. Da dieser Befehl wegen seiner mißverständlichen Formulierungen zu Recht auf Kritik gestoßen ist, wurde er mittlerweile aufgehoben.

Zu 9:

Zur Fragestellung ist zu bemerken, daß ich mich der Auffassung der Anfrager voll und ganz anschließen kann, wonach das "Wohlgefallen des einen oder anderen" an der jeweiligen Themenstellung sicher kein geeignetes Kriterium für die Abhaltung wehrpolitischer Kontaktgespräche darstellen kann; ich glaube auch nicht, daß dies in der Vergangenheit der Fall war.

Was die konkrete Frage betrifft, so bin ich davon überzeugt, daß die strikte Beachtung des gemeinsam mit den drei Politischen Akademien erarbeiteten Richtlinienenerlasses über die politische Bildung ausreicht, um einen Vorfall der im Jahresbericht 1985 erwähnten Art in Hinkunft zu vermeiden. Ich werde den Herrn Armeekommandanten überdies ersuchen, in diesem Sinne auf die Kommandanten in geeigneter Weise einzuwirken.

8. Juli 1986

